

baz BASELLAND

BASEL-STADT, SCHWARZBUBENLAND

Gemeinden zur Betreuung verpflichtet

Kleinkinder Entscheidung zum Finanzierungsschlüssel nach zweistündiger Diskussion verschoben

Landrat BL



VON BORIS BURKHARDT

Nach der ersten Lesung in der gestrigen Landratssitzung steht mit grosser Mehrheit fest: Sämtliche 86 Gemeinden des Kantons werden ein eigenes Angebot für «familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich», sprich: Kitas, Tagesmütter und Ähnliches, bereitstellen müssen. Das entschied eine Mitte-Links-Mehrheit von 44 Stimmen gegen den Willen von FDP und SVP, die mit 32 Stimmen eine Rückweisung zur Überarbeitung an die Regierung gefordert hatten.

Abgesehen von familienideologischen Gründen waren die beiden bürgerlichen Parteien nicht mit der einseitigen Mehrbelastung der Gemeinden einverstanden. Sie hatten ein Rahmengesetz mit minimalen Vorschrif-

«Wir müssen nicht allen Gemeinden eine Rolls-Royce-Lösung aufzwingen, wo auch eine 2 CV-Lösung möglich wäre.»

Monica Gschwind,
FDP-Landrätin



Jede Baselbieter Gemeinde soll nach dem Willen der Regierung und der Parlamentsmehrheit Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung bereitstellen. ARCHIV/KEYSTONE

ten gefordert, damit jede Gemeinde autonom und individuell ihr optimales Betreuungsangebot schaffen könne. Über die finanzielle Beteiligung des Kantons an den kommunalen Angeboten wird deshalb erst in zweiter Lesung entschieden werden.

Reber gegen Kantonsbeteiligung

Darum drehte sich im Kern die zweistündige Debatte im Landrat: Die federführende Justiz- und Sicherheitskommission hatte sich nach insgesamt 14 Sitzungen mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, den Kanton mit 30 Prozent an den Gemeindegeldern zu beteiligen. Als Argument dafür galten die prognostizierten Steuermehreinnahmen, von denen der Kanton mehr als die Gemeinden profitiere. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass der Kanton

eine neue Vorgabe schaffe und deren Finanzierung nicht vollumfänglich auf die Gemeinden abwälzen sollte.

Gegner der Kantonsbeteiligung hatten betont, seit der Neuordnung des Finanzausgleichs sollten Mischfinanzierungen vermieden werden. Dem schloss sich auch der zuständige Regierungsrat Isaac Reber an. Er betonte in der Landratsdebatte, dass es überhaupt nur noch 15 Gemeinden im Kanton gebe, die noch gar kein Angebot geschaffen hätten. Viele der restlichen Gemeinden müssten ihr bisheriges Angebot hingegen nur geringfügig verändern.

Landräte der SP, Grünen, CVP/EVP und GLP/BDP sprachen vom Gesetz in der jetzigen Fassung als Kompromiss, den sie zum Wohl der Kinder bereit seien, einzugehen. «Das Gesetz lässt den Gemeinden noch zu viele Frei-

heiten; wir sehen aber, dass wir sie sonst zu sehr belasten würden», erklärte Regula Meschberger (SP, Birsfelden) beispielsweise. Im Gegensatz zu FDP und CVP bestehen die Mitte-Links-Frakturen gerade auf einer einheitlichen, verbindlichen Regelung für alle Gemeinden. Nur so könnten ausreichend Betreuungsplätze sichergestellt werden.

FDP und SVP verstehen Eile nicht

FDP- und SVP-Parlamentarier verstanden die Eile nicht und hätten das Gesetz lieber der Regierung noch einmal zur Bearbeitung überlassen. Die Differenzen seien nämlich nicht inhaltlich, resümierte Michael Herrmann (FDP, Gelterkinden). Es gehe nur noch um die Frage, wo die Betreuungsangebote angesiedelt würden und wer sie bezahle.

SVP-Landrätin und Präsidentin des Verbandes Baselbieter Gemeinden Myrta Stöhler (Diegten) forderte von der Regierung eine «pragmatische und differenzierte Lösung»: Man müsse im Kanton kein strengeres Gesetz machen als der Bund. Oder wie es ihre FDP-Kollegin Monica Gschwind formulierte: «Wir müssen nicht allen Gemeinden eine Rolls-Royce-Lösung aufzwingen, wo auch eine 2 CV-Lösung möglich wäre.»

Über die familienergänzende Kinderbetreuung wird im Baselbieter Landrat schon seit 1999 debattiert. Eine erste Vorlage, die neben dem Vorschul- auch den Schulbereich einschloss, hatte die Regierung wegen Opposition vor allem der Gemeinden auf zwei Vorlagen aufgeteilt. Die zweite wurde gestern nicht mehr beraten.

Nachrichten

Eymann Präsident der Universitätskonferenz

Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) wird neuer Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK). Er übernimmt das Amt per 1. Januar 2012 von Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern. Die SUK ist das Organ von Bund und Kantonen für die universitätspolitische Zusammenarbeit. (SDA)

Landrat Rätselfürer um den FDP-Sitz

Die Nachfolge von Daniela Schneeberger im Landrat bleibt weiterhin ungeklärt. Nachdem Petra Schmidt abgesagt hatte, teilte Dieter Forter gestern per Mitteilung mit, er werde aus beruflichen Gründen auf das Mandat als Landrat verzichten. Der Nächste auf der Liste, Martin Leber, zeigte sich auf Anfrage der bz verwirrt. Er habe am Mittwoch noch mit Dieter Forter geredet, welcher sagte, er werde das Mandat als Landrat annehmen. Forter war gestern nicht erreichbar. (FH)

Districtsrat Baselland soll IBA-Mitglied werden

Im Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) wurde die Hoffnung geäussert, dass auch Baselland in naher Zukunft Mitglied der IBA werde. Der Rat liess sich diese Woche über die Projekte der Internationalen Bauausstellung informieren. Landrätin Elisabeth Augstburger (EVP) plädierte dafür, «am Ball zu bleiben». IBA-Präsident Hans-Peter Wessels versicherte, dem Landkanton blieben die Türen immer offen. Zum neuen Vizepräsidenten des Rats wurde Gaston Latscha aus Häisingen gewählt. (BZ)

Steuern Baselland an fünfzehnter Stelle

Im Kanton Baselland ist die Steuerbelastung im schweizerischen Vergleich eher niedrig. Der Kanton liegt beim Steuer-Ranking des Bundes an fünfzehnter Stelle. Im Gegensatz dazu ist Belastung in Basel-Stadt überdurchschnittlich: Der Stadtkanton liegt in dem Vergleich auf dem achten Rang. (BZ)

INSERAT

THE GIFT OF TIME

TISSOT
SWISS WATCHES SINCE 1853
INNOVATORS BY TRADITION

Get in touch at www.tissot.ch

STROBEL
ARLESHEIM

Das Fachgeschäft für Uhren und Schmuck
Hauptstrasse 19 • 061 701 25 60
info@strobel-uhren.ch
www.strobel-uhren.ch